

## **Antrag**

**der Abgeordneten Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Horst Seehofer, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Maria Eichhorn, Norbert Hauser (Bonn), Helmut Heiderich, Dr.-Ing. Rainer Jork, Werner Lensing, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Gerald Weiß (Groß-Gerau), Annette Widmann-Mauz und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Anwendung von Gentests in Medizin und Versicherungen**

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für die medizinische Praxis bringt die humangenetische Forschung eine Fülle neuer Diagnosemöglichkeiten. Diese führen zu einer genaueren Kenntnis, damit zu einem besseren Verständnis einer Erkrankung und ermöglichen eine Verbesserung der Krankheitsprävention im Sinne einer Verhütung oder Verzögerung des Krankheitsausbruches. Im Bereich der therapeutischen Forschung hat die Entdeckung von krankheitsverursachenden Genen zusammen mit der methodischen Weiterentwicklung in der Molekulargenetik zu neuen Therapie- und Diagnoseansätzen geführt. Die therapeutischen Möglichkeiten entsprechen aber gegenwärtig bei weitem nicht den neu gewonnenen diagnostischen Fähigkeiten. Bevor dieser Rückstand aufgeholt ist, kann eine Vielzahl von Krankheiten diagnostiziert, aber nicht geheilt werden. Eine verbesserte genetische Diagnostik eröffnet jedoch betroffenen Personen bzw. Familien vielfältige Möglichkeiten, präventive Maßnahmen zu ergreifen. Da genetische Diagnostik von zunehmender Bedeutung sein wird, sollten hierfür Rahmenbedingungen geschaffen werden, die im Wesentlichen dem Schutz der Betroffenen vor einem nicht erlaubten Zugriff bzw. Missbrauch der Daten durch Dritte dienen sollen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf der Grundlage folgender Eckpunkte einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen:

#### **I. Allgemeine Forderungen**

1. Wegen der Bedeutung genetischer Diagnosen darf die Inanspruchnahme von genetischer Beratung und Diagnostik nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Humangenetische Untersuchungen dürfen weder unmittelbar noch mittelbar erzwungen werden.
2. Es muss jedem Menschen freigestellt bleiben, ob und welchen Tests er sich unterzieht. Jeder muss auch das Recht haben, seine genetische Disposition nicht zu kennen. Insofern darf jeder ein Recht auf Nichtwissen seiner genetischen Konstitution für sich in Anspruch nehmen.
3. Wer ohne Rechtsgrundlage oder Einwilligung der Betroffenen Gentests durchführt, muss strafrechtlich verfolgt werden.
4. Zur Wahrung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung wird ein gesetzlicher Regelungsbedarf im Versicherungs- und Arbeitsrecht gesehen, um Nachteile beim Zugang zu Arbeitsplätzen, im Arbeitsleben und beim Zugang zu Versicherungsleistungen einschließlich der Kranken- und Lebensversicherung auszuschließen.

5. In keinem Fall darf es zu einer Diskriminierung aufgrund von genetischen Merkmalen kommen.

## II. Gentests – allgemeine Verfahrensregeln

1. Gendiagnosen dürfen nur auf Veranlassung eines Arztes und von entsprechend zugelassenen und qualifizierten Stellen durchgeführt werden.
2. Die Beratung und Untersuchung darf nur durch einen in Humangenetik qualifizierten Arzt (Facharzt für Humangenetik oder Arzt mit der Zusatzbezeichnung Medizinische Genetik) erfolgen. Die Bundesärztekammer muss die inhaltlichen Voraussetzungen für die Praxis der Beratung formulieren.
3. Genetische Diagnostik darf nur bei einwilligungsfähigen Volljährigen durchgeführt werden. Bei Nichteinwilligungsfähigen darf nur dann mit Erlaubnis des gesetzlichen Vertreters ein Test durchgeführt werden, wenn sich daraus ein medizinischer Nutzen für den Betroffenen ableitet. Zur Erforschung seltener Erbkrankheiten soll die Verwendung genetischer Daten zu wissenschaftlichen Zwecken möglich sein, wenn die Betroffenen bzw. die Eltern von betroffenen Kindern ihre Zustimmung geben.
4. Der Umgang mit genetischen Daten stellt höchste Ansprüche an den Datenschutz. Alle Stellen, die mit Gentests befasst sind, müssen datenschutzrechtlichen Anforderungen (z. B. Verschlüsselung der Daten) genügen.
5. Die Eigentumsrechte am Untersuchungsmaterial sowie die Rechte an der Verwendung der Untersuchungsergebnisse bedürfen eindeutiger Regelungen, welche das alleinige Verfügungsrecht der untersuchten Person sicherstellen.

## III. Gentests in Versicherungen und in der Arbeitswelt

1. Das „Recht auf Nichtwissen“ der genetischen Daten jedes Einzelnen schließt ein, dass Private Krankenversicherungen vor Abschluss sowie während der Dauer eines Vertrages die Durchführung eines Gentests weder verlangen noch verwerten dürfen.
2. Auch bei Lebensversicherungen oder anderen Versicherungen darf die Durchführung eines Gentests nicht Voraussetzung für einen Vertragsabschluss sein. Gentests dürfen auch weder angenommen noch verwertet werden.
3. Es sollte zum Schutz der Versicherungsgemeinschaft ermöglicht werden, dass derjenige Versicherungsnehmer, welcher nach Erlangung der Kenntnis über eine schwere genetische Erkrankung eine Lebensversicherung über eine ungewöhnlich hohe Versicherungssumme abschließen möchte, seine genetischen Daten gegenüber der Versicherungsgesellschaft offenbart.
4. Prädiktive Gentests dürfen im Rahmen von medizinischen Eignungsuntersuchungen weder vor dem Abschluss eines Arbeitsvertrages noch während der Dauer eines bestehenden Arbeitsverhältnisses weder verlangt noch angenommen noch in irgend einer Form verwertet werden. Dies schützt den Arbeitnehmer vor Diskriminierung aufgrund seiner genetischen Disposition. Die Vorlage oder die Durchführung eines Gentests darf also nicht zur Vorbedingung des Abschlusses eines Arbeitsvertrages gemacht werden. Wo Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz bestehen, muss die Sicherheit verbessert werden, nicht jedoch der „resistenteste“ Bewerber den Zuschlag erhalten.

Berlin, den 3. Juli 2001

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**